

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Jürgen Klimke, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Gabriele Hiller-Ohm, Renate Gradistanac, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/3609 –**

Den Fahrradtourismus in Deutschland umfassend fördern

A. Problem

Eine Stärkung des Fahrradtourismus in Deutschland hat positive Auswirkungen auf den Tourismusstandort Deutschland, denn die Hälfte der Fahrradtouristinnen und -touristen entscheidet sich für das Inland als Urlaubsort. Aus dem Ausland ist ebenfalls eine große Anfrage nach radtouristischen Angeboten in Deutschland zu verzeichnen. Vom Fahrradtourismus profitieren viele Wirtschaftsbereiche, angefangen bei Fahrradhändlern bis hin zu Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben. Darüber hinaus fördert eine stärkere Fahrradnutzung die Gesundheit und trägt zur Erhaltung unserer Umwelt bei. Um den Fahrradurlaub für eine große Bandbreite von Zielgruppen attraktiver zu machen, muss Deutschland noch fahrradfreundlicher werden.

Die Bundesregierung wird daher von den Antragstellern u. a. aufgefordert, zu prüfen, ob beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine länderübergreifende Koordinierungsstelle eingerichtet werden kann. Diese solle sich um die Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der Infrastruktur sowie um die Abstimmung zwischen den Bundesministerien und mit Ländern und Kommunen kümmern. Ebenso sollten Länder und Kommunen den Ausbau und die einheitliche Ausschilderung von Radwegen voranbringen. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, zusammen mit den Ländern Aus- und Neubauten von Radwegen in der Nähe von Flüssen und Wasserwegen in Angriff zu nehmen. Solche Radwege hätten sich als die beliebtesten und attraktivsten erwiesen. Darüber hinaus müsse die Qualität der touristischen und baulichen Infrastruktur entlang der Radfernrouen regelmäßig geprüft werden. Bei der Deutsche Bahn AG (DB AG) sei nachzufragen, unter welchen Voraussetzungen die Fahrradbeförderung im Fernverkehr, auch im grenzüberschreitenden, verbessert werden kann. Vorgeschlagen wird darüber hinaus die Errichtung einer zentralen Stelle für die Vermarktung des Fahrradtourismus. Sie könnte bei einem Verein angesiedelt werden, heißt es, damit die touristischen Angebote und das Marketing auf die Bedürfnisse der Fahrradtouristen abgestimmt werden. Die Abgeordneten

dringen zudem darauf, die fahrradtouristischen Angebote stärker mit dem Städte- und Kulturtourismus sowie mit wassertouristischen Angeboten zu vernetzen und gemeinsamen dafür zu werben. Schließlich sollten sich Länder und Gemeinden darum bemühen, die Verkehrssicherheit für Radfahrer zu verbessern.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3609 anzunehmen.

Berlin, den 23. Mai 2007

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Ernst Burgbacher
Berichtersteller

Dr. Ilja Seifert
Berichtersteller

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Gabriele Hiller-Ohm, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Nicole Maisch

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 70. Sitzung am 30. November 2006 den Antrag auf **Drucksache 16/3609** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Sportausschuss hat in seiner 31. Sitzung am 9. Mai 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 37. Sitzung am 9. Mai 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 52. Sitzung am 9. Mai 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 38. Sitzung am 9. Mai 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 34. Sitzung am 9. Mai 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 43. Sitzung am 9. Mai 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 34. Sitzung am 23. Mai 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/3609 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte bei der Beratung im Ausschuss deutlich, dass sich der Fahrradtourismus zu einer touristischen Wachstumsbranche entwickelt hat, der positive Auswirkungen sowohl auf den Deutschlandtourismus als auch auf die wirtschaftliche Entwicklung vieler strukturschwacher Regionen hat. Obwohl Fahrradtourismus immer beliebter werde, gehe die Fahrradmitnahme im Fernverkehr der Bahn zurück. Nach wie vor lehne die Bahn die Mitnahme von Fahrrädern im ICE aus technischen oder fahrplantechnischen Gründen ab. Gleichzeitig würden auf immer mehr Strecken ICE-Züge eingesetzt. Die ins Feld geführten technischen Hindernisse sollten sich in zukünftigen ICE-Generationen beseitigen lassen. Umfragen hätten gezeigt, dass Radwege entlang von Flüssen die beliebtesten seien. Ein ganz wichtiges Anliegen des Antrags sei es daher, gemeinsam mit den Ländern auf den Aus- und Neubau von Radwegen an Wasserwegen hinzuwirken. Dass entlang von Radwegen der Service verbessert werden müsse, sei eine Hausaufgabe, die von der mittelständischen Wirtschaft zu erledigen sei. Schließlich begrüßte die CDU/CSU-Fraktion, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter Leitung des Tourismusbeauftragten der Bundesregierung eine Konferenz „Fahrradtourismus“ durchgeführt hatte. Die Konferenz, die unter Einbindung aller wichtigen Verbände und Institutionen erfolgte, habe deutlich gemacht, dass der ganze Bereich gesamtgesellschaftlich verankert sei und von allen Beteiligten mitgetragen werde.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, dass der wirtschaftliche Nutzen des Radfahrens und damit auch des Fahrradurlaubs unbestritten sei. Radfahren stärke die heimische und insbesondere die mittelständische Wirtschaft und schaffe Arbeitsplätze. Im Jahr 2005 seien in Deutschland knapp 5 Mio. Fahrräder verkauft worden. Der Umsatz des Fahrradhandels liege bei über 4 Mrd. Euro, mehr als 50 000 Menschen seien in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt. Der jährliche Umsatz im Fahrradtourismus betrage rund 5 Mrd. Euro. Ganz besonders wichtig in diesem Zusammenhang sei, dass Fahrradtourismus vorwiegend in ländlichen Gebieten stattfinde und diesen damit eine Chance auf wirtschaftlichen Aufschwung gebe. In einigen Flächenländern entstehe fast ein Drittel des tourismusbezogenen Umsatzes durch Radfahrer. Daneben habe Radfahren auch positive Auswirkungen auf Umwelt und Klima und natürlich auch auf die Gesundheit.

Der Bund habe bereits im Jahr 2002 mit der Verabschiedung des Nationalen Radverkehrsplans wichtige Impulse für den Fahrradtourismus gesetzt. Man müsse allerdings sehen, dass viele Maßnahmen zur Förderung des Fahrradurlaubs in der Verantwortung von Ländern und Kommunen lägen und der Bund in erster Linie eine koordinierende Funktion habe. Eine wesentliche Aufgabe sei daher die Zusammenführung, Bündelung und Abstimmung der Aktivitäten zur Förderung des Fahrradtourismus. Notwendig sei daher die Einrichtung einer beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angesiedelten länderübergreifenden Koordinierungsstelle. Diese solle sich insbesondere um die Weiterent-

wicklung und Vereinheitlichung der Infrastruktur sowie um die notwendige Abstimmung zwischen den Bundesministerien und mit den Ländern und Kommunen kümmern. Diese Koordinierungsstelle soll aber nicht in die Länderbefugnisse eingreifen.

Gerade als Querschnittsausschuss habe der Ausschuss für Tourismus die Aufgabe, sich mit Themen aus den verschiedensten Politikfeldern auseinanderzusetzen und deren mögliche Auswirkungen auf die Tourismusbranche zu verdeutlichen. Dies gelte auch für Themen, für die der Bund keine Zuständigkeit habe. Mit einer Forderung, einem Prüfauftrag oder einem Ersuchen an die Länder könne der Ausschuss sehr wohl eine Veränderung im Hinblick auf ein tourismuspolitisches Ziel in Gang setzen. Die Diskussion um die Fahrradmitnahme im ICE werde schon seit geraumer Zeit geführt. Es habe sich allerdings gezeigt, dass eine gesetzliche Verpflichtung der Bahn nicht möglich sei. Daher müsse der politische Druck auf die DB AG weiter erhöht werden.

Die **Fraktion der FDP** stimmte zwar mit den Antragstellern darin überein, dass der Fahrradtourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sei, hält den Antrag in der vorgelegten Form jedoch für überflüssig. Konkrete politische Handlungsfelder würden im Antrag nicht aufgezeigt. Die Bundesregierung werde lediglich aufgefordert, Sachverhalte „zu prüfen“, auf Länder und Kommunen oder auch Tourismusorganisationen und Verbände „hinzuwirken“ bzw. „einzuwirken“ oder – geradezu peinlich – bei der „Deutschen Bahn AG nachzufragen“.

Verwunderung löse bei den Liberalen die Forderung aus, eine länderübergreifende Koordinierungsstelle beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einzurichten. Da die Koordinierungsstelle nicht verkehrspolitische, sondern tourismuspolitische Aufgaben wahrnehmen solle, sei sie vielmehr beim Tourismusbeauftragten der Bundesregierung anzusiedeln. Schließlich sei es die Aufgabe des Tourismusbeauftragten, Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Tourismuspolitik stärker zu koordinieren und konzeptionell auszubauen. Auch für eine zentrale Stelle für die Vermarktung des Fahrradtourismus bestehe kein Bedarf. Vor allem die Deutsche Zentrale für Tourismus werde gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club sehr erfolgreich für Radreisen in Deutschland. Eine neue zentrale Stelle schaffe nur mehr Bürokratie. Die Fraktion der FDP werde sich der Stimme enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE**. stelle heraus, dass sie unter umfassender Förderung des Fahrradtourismus mehr verstehe, als in diesem Antrag stehe. Da man aber geneigt sei, selbst winzige Schritte als positiv anzusehen, würde die Fraktion DIE LINKE. dem Antrag zustimmen.

Es sei aber anzumerken, dass die Absicht, eine Koordinierungsstelle einzurichten, zeige, wie widersprüchlich die Politik der Großen Koalition sei. Durch die Föderalismuskommission habe man die „Kleinstaaterei“ zunächst eingeführt, um jetzt wieder zu koordinieren, damit es nicht allzu sehr durcheinander gehe. Statt zu koordinieren, sei es Aufgabe des Parlaments, unter raumordnungsplanerischen Aspekten festzulegen, wo Radwege länderübergreifend geplant und gebaut werden sollen. Auch sei es nicht Aufgabe des Parlaments, die Bundesregierung aufzufordern, bei der DB AG nachzufragen, ob ein Fahrrad mitgenommen werden könne. Vielmehr müsse das Allgemeine Eisenbahngesetz geändert werden, damit für alle Eisenbahnbetreiber feststehe, in welchem Umfang Fahrräder mitgenommen werden müssten und in welchem Zeitraum dafür die Voraussetzungen zu schaffen seien.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies darauf, dass es nach fast fünf Jahren Nationalem Radverkehrsplan Zeit gewesen wäre, Bilanz zu ziehen und ein verbindliches Konzept zur Förderung des Radverkehrs vorzulegen. Stattdessen legten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD mit dem Antrag einen Wunschkatalog vor, der zwar im Kern nicht falsch sei, aber in seiner Unverbindlichkeit nicht mehr zu überbieten sei. Im Wesentlichen werde die Bundesregierung aufgefordert, „einzuwirken“ oder „hinzuwirken“. Bei der bundeseigenen DB AG solle sogar nur nachgefragt werden. Weiterhin sei es in Sachen Fahrradverkehrsförderung ein Rückschritt, wenn man das Fahrrad, das nachgewiesenermaßen ein vollwertiges Verkehrsmittel sei, auf den Aspekt Tourismus reduziere. Wenn man den Radverkehr hätte umfassend fördern wollen, hätte man auch den Ordnungsrahmen, der schließlich zum großen Teil vom Bund bestimmt werde, einer genaueren Bilanz unterziehen müssen. Namentlich hätten die Straßenverkehrsordnung, einschlägige Richtlinien und Verwaltungsvorschriften, die nicht fahrradverkehrsgerecht seien, auf den Prüfstand gehört. Daher könnte sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, obwohl die Forderungen des Antrags in großen Teilen begrüßt würden, im Ergebnis nur der Stimme enthalten.

Berlin, den 23. Mai 2007

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstellerin

Ernst Burgbacher
Berichtersteller

Dr. Ilja Seifert
Berichtersteller

Nicole Maisch
Berichterstellerin

